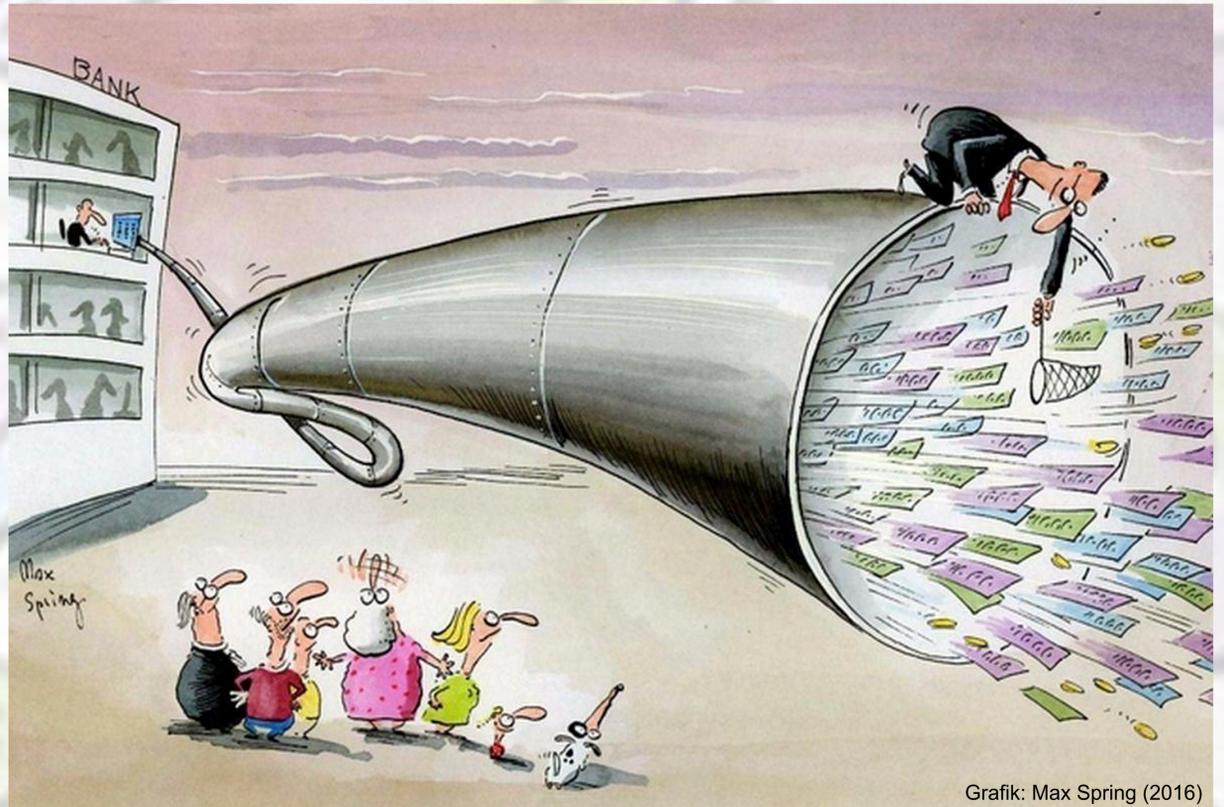


# Mikrosteuer auf dem bargeldlosen Zahlungsverkehr

## Die Initiative

Die Volksinitiative «Mikrosteuer auf dem bargeldlosen Zahlungsverkehr» hatte zum Ziel, sämtliche elektronischen Finanztransaktionen mit einem sehr geringen Steuersatz zu besteuern. Im Gegenzug sollten die direkte Bundessteuer, die Mehrwertsteuer und die Stempelsteuer abgeschafft werden. Inzwischen im Sammelstadium gescheitert, hätte die Initiative zudem Transparenz in den Geldverkehr gebracht und die Bürokratie reduziert, Privatpersonen steuerlich entlastet und eine effektivere Bekämpfung von Steuerkriminalität ermöglicht.



Grafik: Max Spring (2016)

## Inhalt

Nach einem historischen Überblick zum Schweizer Steuersystem und zu Finanztransaktionssteuern allgemein wird zuerst auf die wirtschaftlichen Aspekte der Initiative eingegangen. Dabei wird das bargeldlose Zahlungsvolumen der Schweiz abgeschätzt und analysiert, ferner werden einige Auswirkungen der Mikrosteuer aufgezeigt. Im rechtlichen Teil wird die Vereinbarkeit mit Staats- und Steuerrecht abgeklärt, während im politischen Teil die Fragen nach politischer Ausrichtung und Erfolgchancen beantwortet werden.

## Methodik und Quellen

Nebst der Recherche mit Literatur und Gesetzestexten wurden anhand von Daten der Schweizerischen Nationalbank (SNB) und der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) der Zahlungsverkehr unter die Lupe genommen. Weitere Erkenntnisse konnten in Interviews mit zwei Mitgliedern des Initiativkomitees, Prof. Dr. Marc Chesney und Dr. Jacob Zraggen, gewonnen werden.

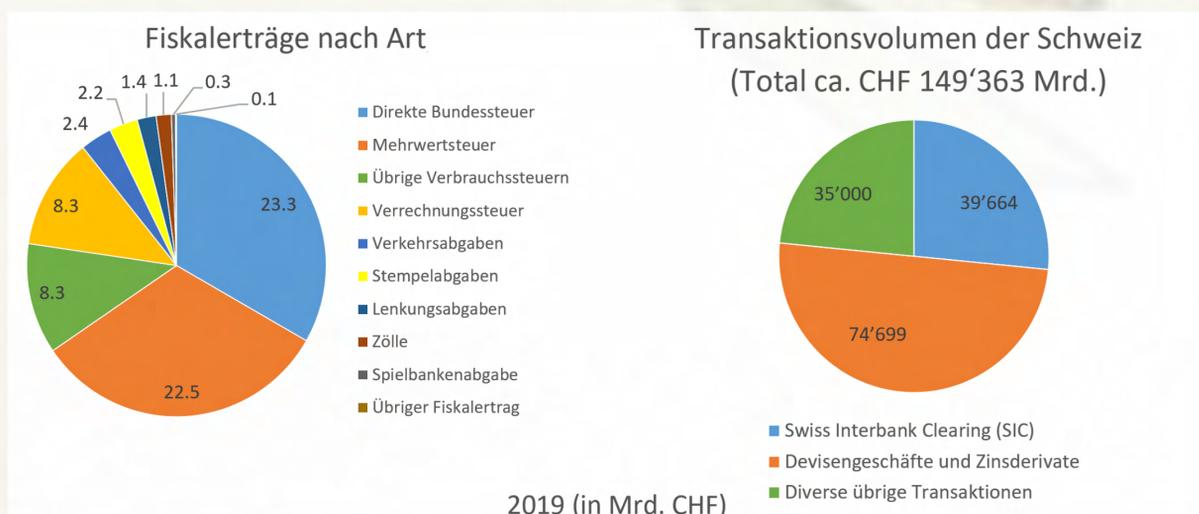
## Fragestellung

Wäre die Volksinitiative «Mikrosteuer auf dem bargeldlosen Zahlungsverkehr» aus wirtschaftlicher, rechtlicher und politischer Sicht realisierbar gewesen?

## Resultate

Angesicht des enormen Transaktionsvolumens von ca. CHF 150 Billionen liessen sich schon bei einem Steuersatz von 0,1 % die entsprechenden Steuern problemlos ersetzen. Zusätzlich würde der Hochfrequenzhandel eingedämmt, Bürokratie vermindert, die Konsumkraft gesteigert, neue Unternehmen angezogen und durch erhöhte Transparenz Steuerkriminalität bekämpft. Eine Mikrosteuer wäre ausserdem mit den Besteuerungsgrundsätzen der Bundesverfassung vereinbar, wobei die Steuerprogression gewährleistet bliebe. Im politischen Spektrum ist die Initiative eher links zu verorten, allerdings hätte sie aber bei einer Volksabstimmung kaum ernstzunehmende Chancen.

## MIKRO/STEUER



**Verfasser:** Philipp Wegmann  
**Betreuung:** Dr. Peter Lautenschlager



**Kantonsschule  
 Büelrain  
 Winterthur**